

S. 30
Mittwoch, 7. Februar 2018

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG

Üben für die Wahl

Geistig Behinderte informieren sich über Kandidaten

„Günstigere Preise bei Bus und Bahn“, „mehr Ampeln für blinde Menschen“ und „mehr Personal für Wohnheime“ steht auf Flipcharts in der Aula in den Hoffmanns-Höfen. Außerdem werden mehr Sicherheit im Bahnhofsviertel, ein Verschleierungsverbot und der Wiederaufbau des Goetheturms gefordert.

Es sind Wünsche von geistig Behinderten und Lernbehinderten an den künftigen Frankfurter Oberbürgermeister, die gestern beim Informationstag „Meine Stimme zählt!“ von Lebenshilfe, Caritas und Praunheimer Werkstätten gesammelt wurden. Rund 40 Teilnehmer sind der Einladung gefolgt, unter ihnen auch einige mit ausschließlich körperlichen Einschränkungen.

Bei dieser Veranstaltung geht es zum einen darum, den Zuhörern zu erklären, wie eine Wahl funktioniert, wer gewählt werden kann und welche Ziele die Kandidaten verfolgen. Es geht aber auch um ganz banale Dinge, unter anderem darum, wie man sein Kreuzchen macht. Dafür haben die Veranstalter eine Wahlkabine aufgestellt, in der die Teilnehmer das Ausfüllen des Wahlzettels üben. Doch bevor man zur Urne gehen darf, muss man zunächst einmal eine Wahlbenachrichtigung erhalten – und die habe in der Vergangenheit bei weitem nicht jeder Teilnehmer des Informationstags bekommen, berichtet Michael Wolf von der Caritas:

Der Informationstag soll denn auch nicht nur praktische Lebenshilfe bieten, sondern auch für ein Thema sensibilisieren, für das es laut den Organisatoren Regelungsbedarf gibt: Viele Menschen, die unter rechtlicher Betreuung stehen, dürfen nicht wählen gehen. Claudia Fischer von der Lebenshilfe ist dagegen,

„Menschen pauschal von den Bürgerrechten auszuschließen“, sie fordert eine Einzelfallprüfung. Fischer verweist auf Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein, wo es solche Ausschlüsse von Wahlen nicht gebe. „Es betrifft nur einen kleinen Prozentsatz, und es wird das Wahlergebnis nicht groß beeinflussen“, sagt Wolf. „Aber Wählen ist ein Grundrecht, und wer davon ausgeschlossen ist, ist nicht Teil der Gesellschaft.“

In Hessen gibt es 7090 geistig Schwerstbehinderte, die von den Wahlen ausgeschlossen sind. Das teilte Innenminister Peter Beuth (CDU) vor wenigen Wochen auf eine Anfrage hin mit. Wie viele davon in Frankfurt betroffen sind, ist zumindest laut Wolf nicht klar. Insgesamt gebe es bei diesem Thema viele Unklarheiten, sagt Andreas Schadt von den Praunheimer Werkstätten: „Was führt dazu, dass Menschen mit Behinderung ausgeschlossen werden, wer entscheidet das?“

Den Teilnehmern des Informationstages soll jedenfalls klarwerden, was sie bei der Oberbürgermeisterwahl erwartet. „Wir wollen Mut und Wissen vermitteln“, sagt Schadt. Zumindest für Nils Bös ist das gelungen. Der Neunundzwanzigjährige sitzt im Rollstuhl und hat bisher nicht gewählt – aus Desinteresse. Doch im Konrad-von-Preysing-Haus, wo er wohnt, gibt es seit einigen Wochen eine Politik-AG, an der er teilnimmt. Seitdem macht er sich Gedanken über die anstehende Wahl. „Hier gibt es viele Probleme an Bahnhöfen, Aufzüge funktionieren nicht, einige sind nicht barrierefrei“, sagt Bös. Er möchte wissen, wer sich dieser Probleme annehmen will. Noch hat er keine Idee, wen er wählen soll. „Ich hoffe, dass ich es nachher weiß.“ *moch.*